

POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER PiS-REGIERUNG

■ ANALYSE

Realisiert Mateusz Morawiecki den »Morawiecki-Plan«?

Die Wirtschaftspolitik der PiS-Regierung nach zweieinhalb Jahren im Amt

Rafał Riedel, Oppeln

2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Wirtschaftsdaten

7

■ CHRONIK

5. – 18. Juni 2018

11

Realisiert Mateusz Morawiecki den »Morawiecki-Plan«?

Die Wirtschaftspolitik der PiS-Regierung nach zweieinhalb Jahren im Amt

Rafał Riedel, Oppeln

Zusammenfassung

Schon im Jahr 2016 wurde von der regierenden Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) die »Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung« vorgestellt. Das Hauptziel ist, die Polen vor der Falle des mittleren Einkommens, der Durchschnittlichkeit des Produkts, des fehlenden Gleichgewichts, vor der demografischen Falle und der Falle der schwachen Institutionen zu schützen. Als konkrete Ziele setzt die Strategie die Schaffung von guten Einkommensbedingungen für die Einwohner Polens bei gleichzeitigem Anstieg der sozialen, ökonomischen und territorialen Kohäsion. Der Autor kommt zu dem vorläufigen Schluss, dass die Geschwindigkeit, den Rückstand der polnischen Wirtschaft aufzuholen, ungefähr auf dem durchschnittlichen Niveau der beiden vorangegangenen Jahrzehnte bleibe. Verändert wurde allerdings die Allokation der Ressourcen: Die reichen Polen zahlen mehr Steuern, die armen weniger. Betrachte man jedoch die grundlegenden Ziele der Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung, erbringe die bisherige Anwendung der Wirtschaftspolitik der PiS keine qualitativen Veränderungen.

Die Regierungszeit von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS) in Polen ist eine Phase radikaler Veränderungen, auch im Bereich der Wirtschaft. Viele angegangene Reformen lösen in der öffentlichen Debatte Kontroversen und sehr häufig auch extreme Emotionen aus. Bereits während der Wahlkämpfe zu den Präsidentschafts- und den Parlamentswahlen (2015) erfuhren viele Vorschläge der Partei von Jarosław Kaczyński extreme Beurteilungen – von Euphorie der Anhänger eines »sozialen Polen« bis zur vereinten Kritik der Anhänger eines »liberalen Polen«. Aber die Linien der Polarisierung in der polnischen Gesellschaft sind deutlich komplizierter, als es zunächst den Anschein hat, und auch weniger lesbar, als es die sozialpolitische Logik der Rechts-Links Einteilung erwarten ließe. Dies spiegelt sich in der Politik der Partei wider, was schon daran zu erkennen ist, dass die regierende Partei, die allgemein als ideologisch rechts eingeordnet wird, deutlich linke Ansichten im Bereich der Wirtschaft präsentiert. Diese scheinbare Diskrepanz findet sich auch in den Einstellungen der breiten Wählerschaft der PiS wieder, die sich auf der einen Seite auf konservative, religiöse und nationale Gefühle beruft und auf der anderen Seite auf den Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit, auf Regeln des Wohlfahrtsstaates und der gesellschaftlichen Umverteilung.

Mit Blick auf die wirtschaftliche Rhetorik ist hinzu-
zufügen, dass die PiS u. a. auf einer Welle von Ressentiments an die Macht kam, die durch Unzufriedenheit über die Kosten der sozioökonomischen Reformen unter den sogenannten Transformationsverlierern beschworen wurden. Hinzu kamen Elemente des Wirtschaftspatriotismus und die Infragestellung vieler Aspekte der Transformation. Als Konsequenz finden sich im Pro-

gramm der PiS auch Vorschläge wie eine Handelssteuer, die im Geiste des ökonomischen Nationalismus große, vor allem ausländische Handelsketten treffen soll, die Repolonisierung der Banken oder das Handelsverbot am Sonntag, das von einer familienfreundlichen Politik und religiösen Argumenten getragen wird.

Ein Teil des Wirtschaftsprogramms der PiS wurde schon unter Ministerpräsidentin Beata Szydło (2015–17) umgesetzt, andere Elemente erst unter der Führung von Mateusz Morawiecki (seit Herbst 2017), der von Jarosław Kaczyński selbst als der Begabteste in der polnischen Politik nach 1989 bezeichnet wurde. Der Wechsel auf dem Posten des Ministerpräsidenten erbrachte keine grundsätzlichen Veränderungen in der allgemeinen Richtung der Wirtschaftspolitik in Polen seit 2015. Die um die Jahreswende 2017–18 vorgenommene Regierungsumbildung hatte den Abgang von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz, Außenminister Witold Waszczykowski, Gesundheitsminister Konstanty Radziwiłł und Umweltminister Jan Szyszko zur Folge. Es handelte sich also nicht um Wechsel in typischen Wirtschaftsressorts, wenn auch die Bedeutung der Verteidigung oder des Gesundheitswesens für die Wirtschaft nicht gering zu schätzen ist. Unabhängig davon, ob Beata Szydło Regierungschefin war oder Mateusz Morawiecki der Regierung vorsteht, ist das Gesicht und der Autor der Wirtschaftspolitik der PiS immer letzterer gewesen. Schon im Jahr 2016 wurde der »Plan für eine Verantwortungsvolle Entwicklung« (*Plan na rzecz Odpowiedzialnego Rozwoju*) veröffentlicht, der nach Konsultationen zwischen den Ressorts die offizielle Strategie der Regierung unter dem Titel »Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung« (*Strategia na rzecz Odpowiedzialnego Rozwoju* – SOR) wurde. Das Haupt-

ziel ist, die Polen vor der Falle des mittleren Einkommens, der Durchschnittlichkeit des Produkts, des fehlenden Gleichgewichts, vor der demografischen Falle und der Falle der schwachen Institutionen zu schützen (vgl. Polen-Analysen Nr. 194).

Als konkretere Ziele setzt die Strategie die Schaffung von guten Einkommensbedingungen für die Einwohner Polens bei gleichzeitigem Anstieg der sozialen, ökonomischen und territorialen Kohäsion. Die Strategie geht davon aus, dass das verfügbare durchschnittliche Bruttoeinkommen der Haushalte *per capita* nach Kaufkraftparität im Jahr 2030 100 Prozent des EU-Durchschnitts betragen wird – gegenüber dem Basiswert von 69 Prozent im Jahr 2014. Ein weiterer angenommener Effekt der Umsetzung der Strategie ist die Verringerung des Anteils derjenigen, die von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht sind. Dieses Entwicklungsszenario ist, wie es im Strategiepapier selbst benannt wird, von »Entwicklungsfallen« bedroht. Die Beschränkungen, die nach der Diagnose Morawieckis die polnische Wirtschaft in der Falle des mittleren Einkommens ersticken, sind die Abhängigkeit der Entwicklung vom Ausland (die Falle des fehlenden Gleichgewichts), von der Durchschnittlichkeit des Produkts, von demografischen Problemen, von der Schwäche der staatlichen Institutionen und von den Kosten für die Bedienung der Kredite der öffentlichen Hand. Die Befreiung aus diesen Fallen bedeutet die Befreiung des eigenen Potentials, das zugunsten der Entwicklung Polens und der Verbesserung der Lebensqualität der Polen arbeiten sollte. Die fünf Säulen, auf die sich die zukünftige Entwicklung Polens stützen soll, sind die Reindustrialisierung, Innovationen, der Aufbau von Sparvermögen und in der Folge einer ausbaufähigen Kapitalbasis, die Unterstützung des Exports sowie die soziale und regionale Entwicklung.

Natürlich ist die Perspektive des Jahres 2018 zu kurz, um die in der Strategie für eine verantwortungsvolle Entwicklung bis 2030 aufgestellten Ziele zu überprüfen. Auch ist eine Verifizierung aller im Dokument genannten Bereiche nicht möglich, zumal die Ziele in vielen Fällen recht allgemein formuliert wurden. Dies ändert allerdings nichts daran, dass die makroökonomischen Basisfaktoren Polens aus der Perspektive der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung betrachtet werden sollten.

Die Dynamik des Bruttoinlandsprodukts vor dem europäischen Hintergrund

Unter Berücksichtigung, dass die Methode zur Messung der wirtschaftlichen Entwicklung mit Hilfe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und seines Wachstums nicht vollkommen ist, ist festzustellen, dass die polnische Wirt-

schaft sehr schnell wächst, das heißt um 5,2 Prozent im ersten Quartal 2018 im Jahresvergleich, was die Spitze der zyklischen Konjunktur war (nach 4,9 Prozent im vierten Quartal 2017) [Grafik 1, S. 7]. Diese guten Daten müssen zu den erhältlichen Daten anderer Wirtschaften der Region und zu den Daten vergangener Jahre ins Verhältnis gesetzt werden, und es muss die Struktur dieses Wachstums näher betrachtet werden.

Zum Vergleich: Das Wachstum der Eurozone betrug in diesem Zeitraum 2,5 Prozent und das Deutschlands, der größten Wirtschaft Europas und gleichzeitig des wichtigsten Handelspartners Polens, 1,6 Prozent und verzeichnete dabei im ersten Quartal 2018 eine Verlangsamung gegenüber 2,3 Prozent im vierten Quartal 2017. Das Wirtschaftswachstum in Polen ist also nicht nur eine Ableitung der Wirtschaftstrends in Europa. Außerdem übertragen sich die Entwicklungstrends in Westeuropa häufig mit einer gewissen Verzögerung auf die in Polen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass das Wachstum einzig und allein von der Wirtschaftspolitik Warschau abhängt. Darüber hinaus wirken sich einzelne politische Entscheidungen nicht automatisch auf das Wirtschaftsergebnis aus. Manche Reformen zeitigen sofortige Effekte, die Folgen anderer sind erst nach einigen oder etlichen Monaten sichtbar, wieder andere tragen erst nach vielen Jahren Früchte. Daher kann auch das Wirtschaftswachstum, das ein Jahr nach der ersten Regierungsübernahme der *PiS* im Jahr 2006 (6,2 Prozent) eintrat, wie auch der Rückgang 2015/16 (von 3,7 Prozent auf 2,7 Prozent) nicht unbedingt allein der Politik der ersten *PiS*-Regierung zugeschrieben werden. Einfluss darauf haben hier ebenfalls innere Faktoren, die nicht unbedingt mit Entscheidungen der Politiker verbunden sind, wie auch äußere Faktoren, beispielsweise die Konjunktur bei den wichtigsten Wirtschaftspartnern oder bestimmte Politiken der Europäischen Union (Freigebigkeit, der Zeitplan der Mittelvergabe im Rahmen der Kohäsionspolitik u. ä.).

Bezieht man die Ergebnisse des polnischen Wirtschaftswachstums auf das europäische Mittel in chronologischer Hinsicht, ist festzustellen, dass sich die Zeit der *PiS*-Wirtschaftspolitik nicht in Form einer größeren Dynamik auswirkte, die Rückstände zwischen Polen und dem Rest des vereinigten Europas aufzuholen [Grafik 2, S. 7]. Es ist genau umgekehrt: Auf das Jahr 2016, für das sich die *PiS* wirtschaftspolitisch bereits zur Verantwortung bekennt, entfällt das schwächste Ergebnis im Vergleich zum gesamten Jahrzehnt. Der Unterschied zwischen dem polnischen und dem durchschnittlichen Wachstum in der EU betrug in diesem Jahr knapp 0,7 Prozent des BIP. Wenn das Wirtschaftswachstum in Polen in dem Tempo wie im Jahr 2017 realisiert werden

würde – ein symbolisches Jahr mit Blick auf die Verabschiedung der »Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung« durch die *PiS*-Regierung – dann würde Polen aus der Falle des mittleren Einkommens erst nach Generationen herauskommen und nicht, wie Mateusz Morawiecki will, bis zum Jahr 2030. Auch unter diesem Aspekt war das Jahr 2017 nicht imponierend, die Aufholgeschwindigkeit betrug 2,1 Prozent des BIP und blieb deutlich unter dem Durchschnitt der vorangegangenen Jahre. Ähnlich stellte sich die Situation unter der ersten *PiS*-Regierung (2005–2007) dar. Beispielsweise betrug im Jahr 2006 die Differenz knapp 2,9 Prozent (Polen verzeichnete damals ein hohes Wirtschaftswachstum, das sich allerdings im Kontext der guten wirtschaftlichen Konjunktur in ganz Europa abspielte).

Interessant ist, dass das Jahr 2009 das produktivste war, was die Strategie betrifft, das besser entwickelte Europa aufzuholen. Angesichts der herrschenden Krise verzeichnete die Gesamtwirtschaft der EU damals einen Rückgang um 4,3 Prozent, Polen dagegen ein – ebenfalls schwaches – Ergebnis von plus 1,8 Prozent, was die imposante Differenz von 6,1 Prozent ausmachte. In keinem anderen Jahr näherte sich die polnische Wirtschaft so sehr dem EU-Durchschnitt, wie in jenem krisenhaften Jahr.

Werden jedoch die Daten des polnischen Wirtschaftswachstums nicht mit denen des EU-Durchschnitts verglichen, sondern zum Beispiel mit Deutschland, der für Polen wichtigsten Wirtschaft, zeigt sich, dass die Aufholstrategie noch schlechter ausfällt [Grafik 3, S. 8]. Die Unterschiede im jährlichen Wirtschaftswachstum zwischen Polen und Deutschland sind viel bescheidener, was bedeutet, dass die polnische Wirtschaft die Rückstände gegenüber seinen wichtigsten Handelspartnern deutlich langsamer aufholt, als aus dem amtlichen Enthusiasmus der Autoren der Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung hervorgeht. Der Wahrheit näher wäre die Feststellung, dass Polen zu den ärmeren Wirtschaften Südeuropas, zum Beispiel Portugal, aufschließt. Dagegen verringert sich seine Distanz zu den tatsächlich reichen und entwickelten westlichen Wirtschaften in einem viel bescheideneren Tempo. Dies ist insofern von wesentlicher Bedeutung, als das Hauptziel der Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung die Flucht aus der Falle des mittleren Einkommens war und die hochentwickelten Wirtschaften der EU mit Blick auf das Einkommen einzuholen.

Die Daten des Statistischen Hauptamts (*Główny Urząd Statystyczny* – GUS) zum polnischen BIP zeigen, dass der wichtigste Faktor für dieses Wachstum der Bausektor (die Bau- und Montageproduktion) war – mit einem Anstieg von Jahr zu Jahr um 26 Prozent. Zugunsten des Wachstums wirkten auch der Binnenkonsum,

der Nettoexport sowie – als Wichtigstes – die Investitionen. Dies waren vor allem öffentliche Investitionen und in geringerem Ausmaß private, die der Hauptträger von Innovationen und ein guter Indikator künftigen Wachstums sind. Private Investoren zeigen die ganze Zeit eine Abneigung gegenüber dem Investitionsrisiko in Polen – vor allem mit Blick auf das politische Risiko, wie es die Ratingagenturen euphemistisch nennen.

Historisch gesehen, ist das Ergebnis von 5,2 Prozent Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 2018 vor allem das beste Quartalsergebnis seit dem vierten Quartal 2011. Wesentlich ist hier festzustellen, dass das hohe Wirtschaftswachstum sich nicht inflationsfördernd auswirkt. Nach neuesten Angaben beträgt die Inflationsrate 1,6 Prozent, was unter dem Inflationsziel liegt, das die Polnische Nationalbank (*Narodowy Bank Polski* – NBP) definiert, die für die Geldpolitik verantwortlich ist. Eine gewisse Gefahr für ein so niedriges Inflationsniveau kann der Anstieg der Erdölpreise auf dem Weltmarkt sein. Diese »importierte« Inflation ist allerdings eine äußere Gefahr für alle Länder, die keine eigenen Erdölressourcen besitzen.

Das Budget: der Glaube an die ewige Konjunktur

Infolge der günstigen Wirtschaftskonjunktur bleiben auch die Einnahmen des Haushaltes auf einem außergewöhnlich hohen Niveau, und zwar in allen Steuerkategorien: Mehrwertsteuer, Körperschaftsteuer, Einkommensteuer und Verbrauchsteuer. Das bedeutet, dass der Nettohaushalt trotz größerer Sozialtransfers einer der besten seit Jahren bleibt. Mehr noch: Den größten Teil des Jahres verzeichnet der Haushalt einen Überschuss und gewöhnlich weist erst die Gesamtjahresbilanz im Dezember ein Haushaltsdefizit auf.

Im Jahr 2016 betrug das Defizit minus 2,3 Prozent, 2017 minus 1,5 Prozent des BIP. Allerdings müssen diese Zahlen kontextualisiert werden. Ein Defizit von 1,5 Prozent hatte im Jahr 2017 die gesamte Eurozone, ein solches Ergebnis war also eher eine normale Erscheinung als ein Grund zu besonderem Stolz. Viele europäische Staaten (zum Beispiel Tschechien und Deutschland) verzeichneten sogar bei einem niedrigeren Wirtschaftswachstum einen Haushaltsüberschuss. Es ist dies insofern eine vernünftige Eigenschaft der Wirtschaftspolitik, als in der Situation einer erwarteten konjunkturellen Abschwächung und eines damit verbundenen Rückgangs des Haushaltseinkommens Raum bleibt, um eine antizyklische Haushaltspolitik zu aktivieren. Übereinstimmend mit der klassischen Schule der Ökonomie sowie dem gesunden Menschenverstand müssen die erhöhten Haushaltsausgaben in Zeiten des Abschwungs mit Rücklagen aus Zeiten der Wirtschaftskonjunktur

ausgeglichen werden. Indessen scheint sich die Wirtschaftspolitik der *PiS* auf den Glauben an die »ewige Konjunktur« zu stützen. Dies ist umso gefährlicher, weil es sich bei dem Großteil der neu generierten Haushaltsausgaben um fixe Ausgaben handelt, das heißt, sie sind gesetzlich festgelegt und können bei Bedarf nicht schnell und leicht geändert werden, beispielsweise wenn eine zukünftige Wirtschaftskrise geringere Haushaltseinnahmen nach sich zieht. Anders gesagt: Zeiten guter Wirtschaftskonjunktur sind nicht nur Zeiten einer positiven Bilanz der öffentlichen Finanzen, sondern auch die rechte Zeit für die Reduzierung der öffentlichen Verschuldung. Tatsächlich ist aber die Steigerung der absoluten Schulden (das heißt: nicht in Relation zum BIP) zu beobachten.

Soziale Projekte: Für wen ein Plus?

Das Standardprojekt der *PiS* im Bereich der Sozialpolitik war und ist das Familienförderprogramm »500 +« [vgl. Polen-Analysen Nr. 186]. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass im Wahlkampf 500 Zloty (ca. 116 Euro) für jedes Kind angekündigt wurden. Nach den Wahlen wurde eine beschnittene Version umgesetzt, so dass praktisch nur noch etwas mehr als die Hälfte der Familien (Familien ab dem zweiten Kind) diese Form der Unterstützung erhalten (für 3.684.000 Kinder, das heißt 53 Prozent der Kinder bis zum 18. Lebensjahr). Das Programm trat am 1. April 2016 in Kraft; seine Kosten betrugen in den ersten zwei Jahren 42,6 Mrd. Zloty (ca. 9,92 Mrd. Euro).

Natürlich rufen Fragen der Wirksamkeit dieser Form von Familienpolitik Kontroversen hervor. Polen ist nicht das erste Land, das Beihilfen für Kinder eingeführt hat, daher lassen sich leicht Beispiele aus Ländern heranziehen, die diesen Mechanismus schon früher eingeführt haben. Es zeigt sich, dass er fast nie erhöhte Geburtenraten nach sich zieht. Dem beobachteten Anstieg um ca. 30.000 Geburten mehr im Jahr 2017 schrieben Experten eher Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt und anderen zyklischen Faktoren zu, die vorher ohne den Effekt des »500 +« beobachtet worden waren. Andere Elemente der familienfördernden Politik wie der Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen oder Erleichterungen für Frauen bei der Rückkehr in den Arbeitsmarkt stellen ein deutlich wirksames Fundament für eine familienfördernde Politik dar. Das Problem besteht allerdings darin, dass dies in Hinblick auf den Anstieg der Popularität der federführenden Partei politisch nicht so spektakulär und nicht so produktiv ist. Der Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze ist eine mühselige, langfristige angelegte Aufgabe – aus der Perspektive eines Politikers zu lang, denn sie überschreitet den Zeitraum bis zu den nächsten Wahlen. Mehr noch: Die Auswir-

kungen einer solchen Politik treten erst einige Jahre oder Jahrzehnte nach der getroffenen politischen Entscheidung ein. Dagegen wird das Versprechen »500 +« hier und jetzt eingelöst und zeitigt sofort politische Wirkungen. Aus ökonomischer Sicht wären Steuererleichterungen für Haushalte mit Kindern eine deutlich optimalere Lösung, allerdings zeichnen sich Steuererleichterungen durch eine ganz andere Logik als Beihilfen aus: 500 Zloty nicht wegzunehmen, ist etwas vollkommen anderes, als 500 Zloty zu geben. Die Politiker der *PiS* haben diesen Unterschied hervorragend verstanden und geben infolgedessen sogar denjenigen Familien »500 +«, die es überhaupt nicht brauchen (es fehlt eine Einkommensschwelle zur Qualifizierung für das Programm »500 +«, da dies mit zu großen Kosten für ein Verifizierungssystem verbunden wäre). Das Programm zeitigte schlicht und einfach keine bedeutende Veränderung der Geburtenrate, es veränderte aber die Situation der schlechter situierten Familien, insbesondere der kinderreichen. Das Programm erfüllt also soziale Funktionen, indem es das Geld von den einen Steuerzahlern (den reicheren, nicht unbedingt *PiS*-Wähler) zu den anderen Steuerzahlern (unter denen gerade die ärmere *PiS*-Wählerschaft die Summen am meisten wertschätzt) transferiert. Diese Art *helicopter money* zieht einige wichtige ökonomische Implikationen nach sich. Einerseits wird den ärmsten Familien geholfen, die automatisch die gesamte Summe verausgaben, was wiederum den Binnenkonsum anregt. Andererseits generieren solche Transfers, abgesehen von der offenkundigen Belastung des Staatshaushaltes, auch eine Deaktivierung unter den Ärmsten, was in Polen insbesondere Frauen aus Familien mit niedrigen Einkommen betrifft (in der Zeit des laufenden Programms haben 103.000 Frauen die Arbeit aufgegeben, vor allem schlecht ausgebildete aus kleineren Städten und Orten). Das bedeutet, dass die berufliche Aktivität junger Frauen in Polen auf sehr niedrigem Niveau liegt, sowohl im Verhältnis zum EU-Durchschnitt als auch zu den vergangenen Jahren. Dank des Programms »500 +« verringerte sich dafür die Anzahl der Personen, die von Sozialhilfe abhängig waren. Allein im Jahr 2016 sank die Anzahl der Begünstigten auf 9,2 Prozent, was das beste Ergebnis seit 2008 ist. Und hierin ist die Realisierung der wichtigsten Ziele der *PiS* zu sehen.

Das sozialpolitische Programm »Wohnung plus« wiederum richtet sich auf die Bereitstellung von Mietwohnungen (mit der Option des Kaufes) für Personen mittleren Einkommens. Bereits in der Projektphase weckte es viel Interesse, aber auch viele Kontroversen. Der Wohnungsmarkt bleibt einer der am stärksten vernachlässigten sozialwirtschaftlichen Bereiche in Polen, was in der niedrigen Quadratmeteranzahl für Familien sowie dem sehr hohen Anteil von Eigentumswohnungen im

Vergleich zu Mietwohnungen zum Ausdruck kommt. Das Programm »Wohnung plus« sollte eigentlich Familien den Zugang zu Wohnungen erleichtern und sich gleichzeitig auf die (berufliche) Mobilität auswirken. Seine Kritiker weisen aber darauf hin, dass der Staat nicht in der Rolle des *developer* auftreten sollte und dass das Programm eine Intervention in den Markt darstellt, beispielsweise durch die Regulierung der Mietpreise. Verwunderung ruft auch die Idee hervor, den Mietern zielgerichtet Wohnungen anzuweisen, die mit öffentlicher Unterstützung gebaut wurden. Diese Aspekte haben allerdings noch keine allzu große Bedeutung, denn das Programm liegt nicht im Zeitplan. Entgegen den Ankündigungen von mehreren zehntausend Wohnungen noch im Jahr 2017 sind Anfang 2018 für die Errichtung im Rahmen des Programms »Wohnung plus« 2.800 Wohnungen übriggeblieben.

Zusammenfassung

Über die Analyse der rein makroökonomischen Wirtschaftsfaktoren hinaus heißt es, eine allgemeinere Schlussfolgerung mit Blick auf die Richtungen der polnischen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre zu ziehen. Zweifellos ist es grundlegend, sich – im Kontext der Wirtschaftspolitik der *PiS* – Gedanken über das spezifische Ende der neoliberalen Ära der polnischen Transformation zu machen. Es waren Zeiten, in denen der Primat brutaler kapitalistischer Praktiken vor den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit galt. Das wirtschaftspolitische Angebot der *PiS* erwies sich als außerordentlich treffsicher in der Situation der polnischen Gesellschaft, die von der Mühe der Reformen nach 1989 und der fordernden EU-Politik (vor dem Beitritt im Jahr 2004) erschöpft war: Die Phase des Abreagierens setzte ein Jahrzehnt nach dem EU-Beitritt und eine Generation nach dem postkommunistischen Übergang ein.

Interessanterweise wird der »gute Wandel« in der Wirtschaft von Mateusz Morawiecki eingeführt, das heißt einem Menschen, der, bevor er seine politischen Ambitionen zu realisieren begann, im Bankwesen Millionär geworden war und gleich im Anschluss daran Donald Tusk beraten hat, den von der *PiS* meistgehassten Ministerpräsidenten, der für sie die liberalsten Kräfte der polnischen Politik symbolisiert.

Wird also Morawiecki den »Morawiecki-Plan«, wie die Strategie für eine verantwortungsvolle Entwicklung in der Sprache der Publizisten genannt wird, realisieren? Die Antwort auf diese Frage kann nicht eindeutig ausfallen. Einerseits sind positive Ergebnisse bei grundlegenden Parametern wie Anstieg des BIP, Arbeitslosenquote, Eintreiben von Steuern zu beobachten. Andererseits sind in der realen Wirtschaftspolitik viele Kontinuitäten zu beobachten, die *de facto* die polnische Wirtschaftslandschaft nicht verändert haben – so der systematische Lohnanstieg oder gute Exportergebnisse. Es gibt auch einige negative Elemente wie zum Beispiel die schwachen Investitionsindikatoren oder die Renationalisierung in einigen Bereichen, zum Beispiel im Bankensektor. Generell zeitigte die Wirtschaftspolitik der *PiS* allerdings keine qualitative Wende. Die Geschwindigkeit, den Rückstand der polnischen Wirtschaft aufzuholen, bleibt ungefähr auf dem durchschnittlichen Niveau der beiden vorangegangenen Jahrzehnte. Verändert wurde allerdings die Allokation der Ressourcen: Die reichen Polen zahlen mehr Steuern (zum Beispiel eine Solidaritätsabgabe), die armen weniger (beispielsweise greift hier ein höherer Steuerfreibetrag). Betrachtet man allerdings die grundlegenden Ziele der Strategie für eine verantwortungsvolle Entwicklung, erbrachte die bisherige Anwendung der Wirtschaftspolitik der *PiS* keine qualitativen Veränderungen. Die Polen sind nach wie vor in der Falle des mittleren Einkommens »gefangen« und nichts weist auf eine Wende in diesem Bereich hin. Die Produktions- und Investitionsstruktur haben sich nicht geändert, was erlaubt hätte, die Falle der Durchschnittlichkeit des Produkts zu durchbrechen. Das Programm »500+« versorgte viele Familien mit zusätzlichen Mitteln (und *PiS* mit zusätzlicher politischer Unterstützung auf Kosten des Steuerzahlers), aber es gibt keine Beweise für deutliche Veränderungen in den demografischen Trends, die die Hoffnung auf den Schutz Polens und der polnischen Wirtschaft vor der demografischen Falle erlauben würden.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

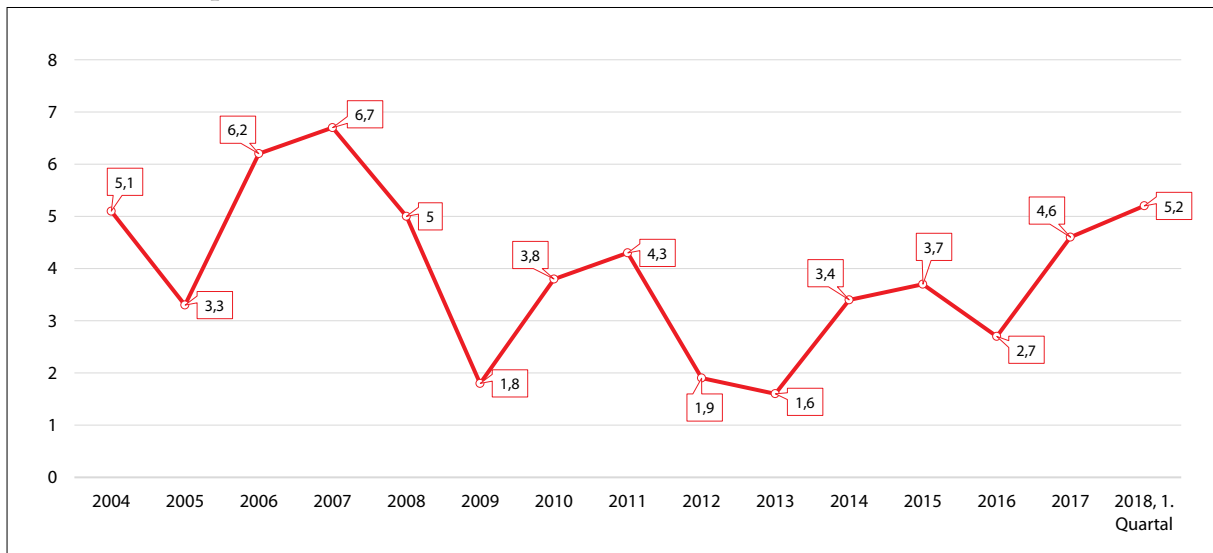
Über den Autor

Dr. habil. Rafał Riedel ist Professor am Institut für Politologie der Universität Oppeln (Uniwersytet Opolski) und Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen (Schweiz). Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. politisch-ökonomische Integrationsprozesse in Europa und die EU-Osterweiterung.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

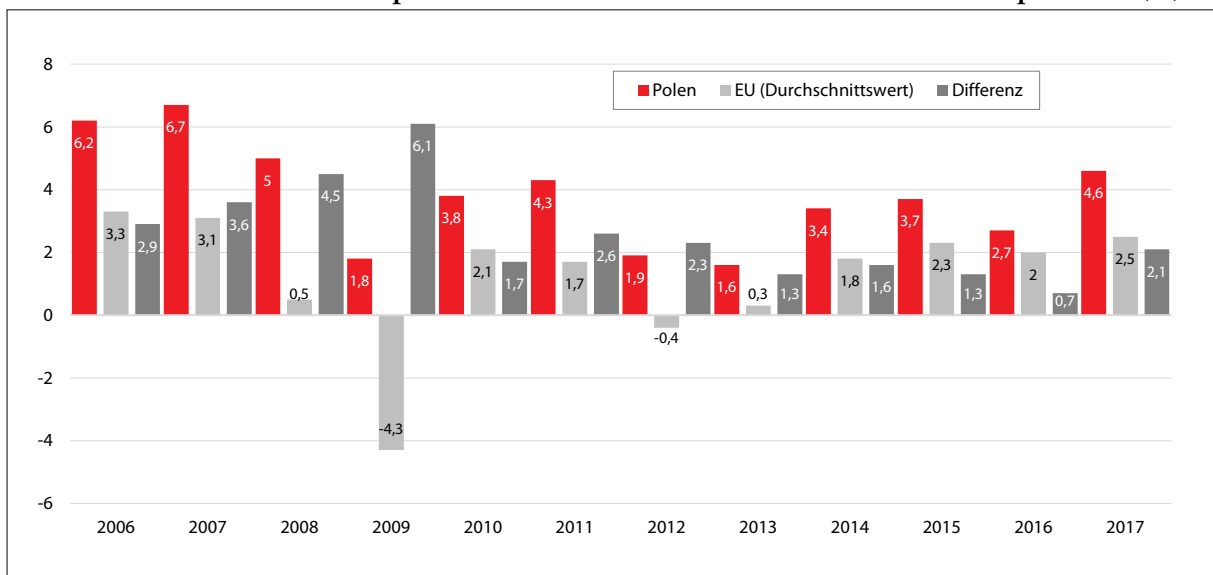
Wirtschaftsdaten

Grafik 1: Polen: Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union (%)

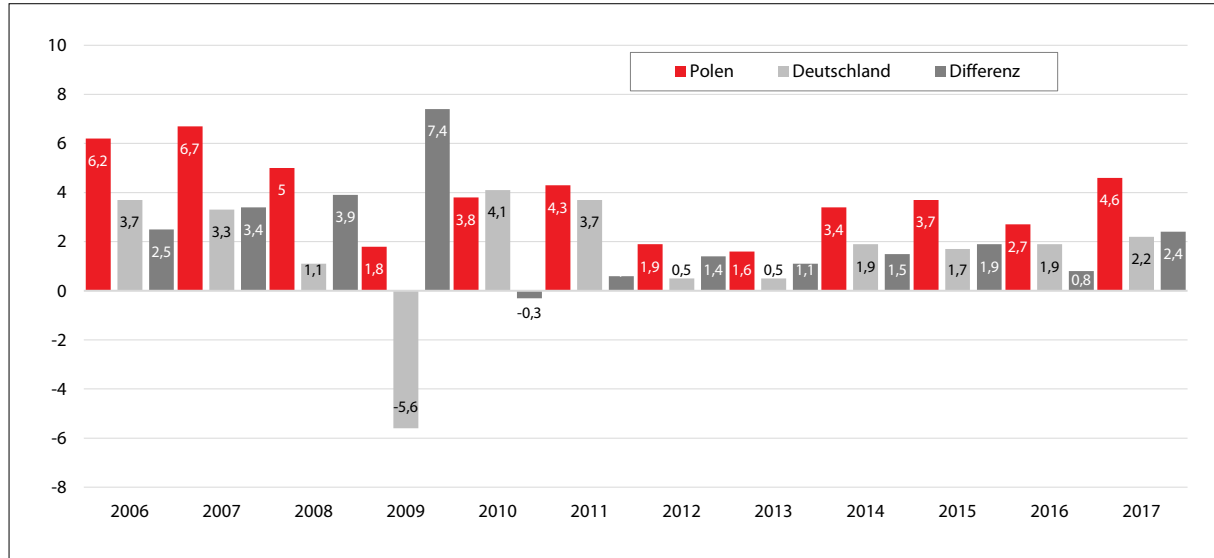


Quelle: Zusammenstellung des Autors Rafał Riedel auf der Basis von Daten von Eurostat und Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt].

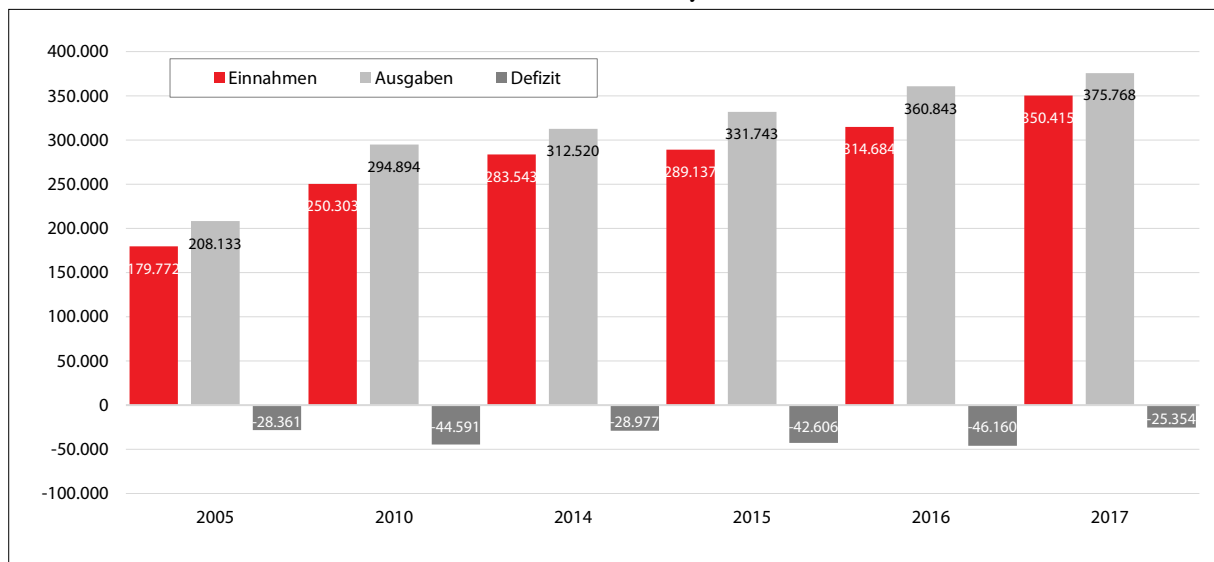
Grafik 2: Polen und die Europäische Union: Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (%)



Quelle: Zusammenstellung des Autors Rafał Riedel auf der Basis von Daten von Eurostat und Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt].

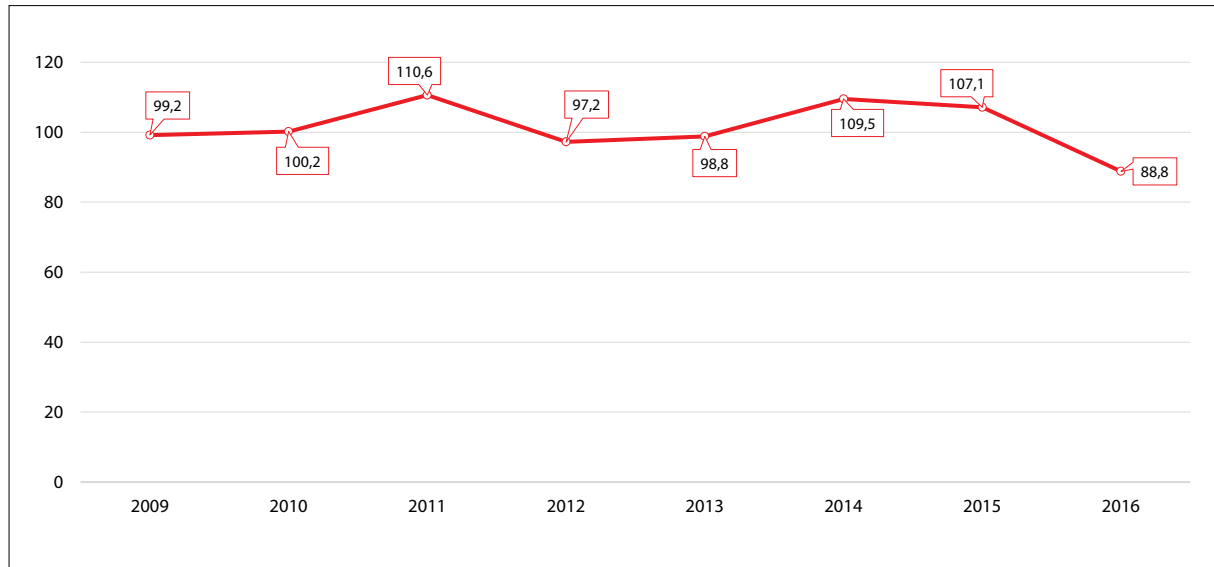
Grafik 3: Polen und Deutschland: Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (%)

Quelle: Zusammenstellung des Autors Rafał Riedel auf der Basis von Daten von Eurostat und Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt].

Grafik 4: Polen: Der öffentliche Haushalt (Mio. Zloty)

Quelle: Für die Daten der Jahre 2005, 2010, 2014 und 2015: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2016 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2016]. Warszawa 2016. S. 645–647.

Für die Daten der Jahre 2016 und 2017: Ministerstwo Finansów [Finanzministerium]: Informacja kwartalna o stanie finansów publicznych w IV kwartale 2017. i w całym 2017 r. [Quartalsinformation über den Stand der öffentlichen Finanzen im vierten Quartal 2017 und im Gesamtjahr 2017]. Nr 2/2018. Tab. 6. <<https://www.mf.gov.pl/documents/764034/1002163/Informacja+kwartalna+IV+k.w.+2017+r>> (abgerufen am 14.06.2018).

Grafik 5: Polen: Entwicklung der Investitionen (Vorjahr = 100)

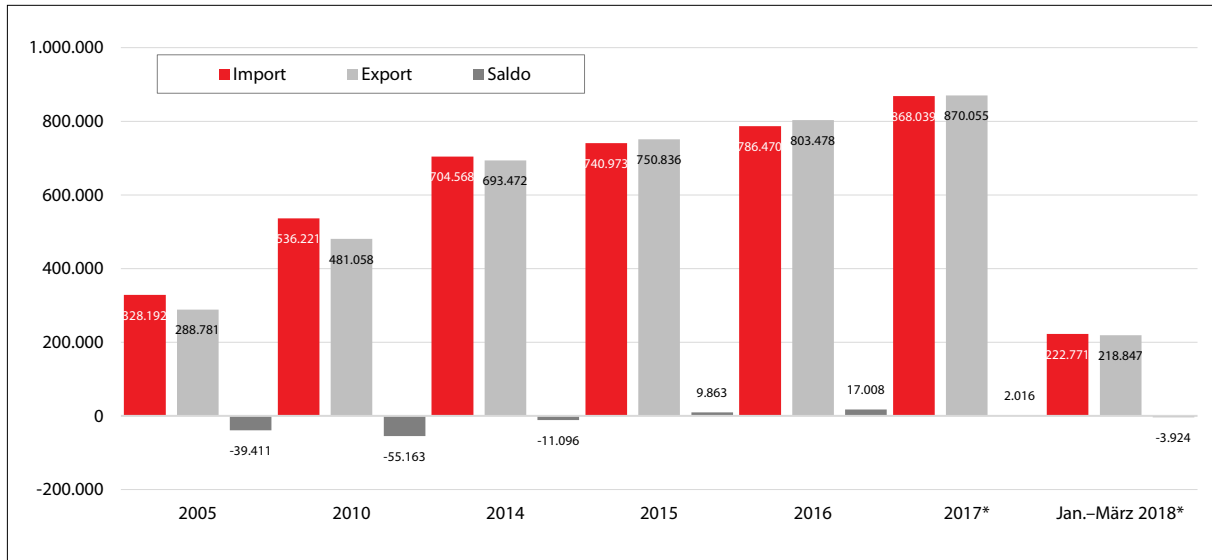
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2016 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2016]. Warszawa 2016. S. 665. Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2017 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2017]. Warszawa 2017. S. 664.

Tabelle 1: Polen: Entwicklung der Investitionen nach Sektoren (Mio. Zloty)

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
insgesamt	218.581	217.287	243.346	237.627	231.155	250.776	271.839	244.429
öffentlicher Sektor	88.301	94.472		100.119	88.585	93.726	101.382	74.192
privater Sektor	130.280	122.815	134.017	137.508	142.570	157.050	170.457	170.237
davon: inländischer Privatbesitz	83.290	81.018	85.697	90.756	92.247	94.664	106.780	101.431

Quellen: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2011 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2011]. Warszawa 2011. S. 648. Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2012 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2012]. Warszawa 2012. S. 649. Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2014 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2014]. Warszawa 2014. S. 670. Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2016 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2016]. Warszawa 2016. S. 666. Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2017 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2017]. Warszawa 2017. S. 664.

Grafik 6: Polen: Außenhandel (Mio. Zloty)



*vorläufige Daten

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2016 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen] 2016. Warszawa 2016. S.563. Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Biuletyn Statystyczny [Statistisches Bulletin] 04/2018. Warszawa 2018. S. 173 f.

Tabelle 2: Polen: Außenhandel nach Hauptpartnern

Jahr/ Art des Außen- handels	Gesamt- volumen in Mio. US- Dollar	Erster Partner		Zweiter Partner		Dritter Partner	
		Land	% des Gesamt- volumens	Land	% des Gesamt- volumens	Land	% des Gesamt- volumens
2000 Import	48.940,2	Deutsch- land	23,9	Russland	9,4	Italien	8,3
2000 Export	31.651,3	Deutsch- land	34,9	Italien	6,3	Frankreich	5,2
2000 Saldo	-17.288,9						
2010 Import	178.062,9	Deutsch- land	21,9	Russland	10,2	China	9,4
2010 Export	159.757,6	Deutsch- land	26,1	Frankreich	6,8	Großbritan- nien	6,3
2010 Saldo	-18.305,3						
2014 Import	225.898,5	Deutsch- land	22,0	China	10,4	Russland	10,3
2014 Export	222.339,4	Deutsch- land	26,3	Tsche- chische Republik	6,5	Großbritan- nien	6,4
2014 Saldo	-3.559,1						
2015 Import	197.682,1	Deutsch- land	22,9	China	11,6	Russland	7,3

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 2: Polen: Außenhandel nach Hauptpartnern (Fortsetzung)

Jahr/ Art des Außen- handels	Gesamt- volumen in Mio. US- Dollar	Erster Partner		Zweiter Partner		Dritter Partner	
		Land	% des Gesamt- volumens	Land	% des Gesamt- volumens	Land	% des Gesamt- volumens
2015 Export	200.342,8	Deutsch- land	27,1	Großbritan- nien	6,7	Tsche- chische Republik	6,6
2015 Saldo	+2.660,7						
2016 Import	200.672,4	Deutsch- land	23,3	China	12,0	Russland	5,8
2016 Export	205.047,7	Deutsch- land	27,4	Großbritan- nien	6,7	Tsche- chische Republik	6,6
2016 Saldo	+4.375,3						

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2016 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2016]. Warszawa 2016. S. 562. Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2017 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2017]. Warszawa 2017. S. 560.

CHRONIK

5. – 18. Juni 2018

05.06.2018	Aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens empfängt Präsident Andrzej Duda in Warschau Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Thematisiert werden u. a. das Verhältnis zu Russland, die umstrittene deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 und die Bedeutung der NATO-Ostflanke. Duda sagt, im Gespräch hätten sich beide besorgt über antieuropäische politische Kräfte gezeigt, die in einigen EU-Ländern auftreten. Polen sei ein stabiler Partner für Europa, allerdings sei aus polnischer Sicht vor allem die Gleichberechtigung der EU-Mitglieder wichtig. Steinmeier mahnt die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und ein neues Wir-Gefühl in der EU an. Nur so könne die Krise konstruktiv überwunden werden. Im Anschluss eröffnen Duda und Steinmeier eine Konferenz zum 100-jährigen Unabhängigkeitsjubiläum Polens.
06.06.2018	Der Sejm lehnt die Anträge der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) auf Misstrauensvoten gegen die stellvertretende Ministerpräsidentin Beata Szydło und Elżbieta Rafalska, Ministerin für Familie, Arbeit und Sozialpolitik, ab. Hintergrund ist der mehrwöchige Protest im April und Mai von Eltern und Betreuern volljähriger schwerbehinderter Kinder und dieser selbst im Gebäude des Sejm. Die PO begründete ihre Anträge damit, dass Szydło und Rafalska die politische Verantwortung für die Proteste trügen.
07.06.2018	Der Sejm beschließt mit 227 Ja-Stimmen, 183 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen, das Budget des Nationalen Freiheitsinstituts (Narodowy Instytut Wolności) für die Jahre 2017 bis 2026 von 65,7 Mio. Zloty (ca. 15,3 Mio. Euro) auf 387,4 Mio. Zloty (ca. 90,2 Mio. Euro) aufzustocken. Das Institut wurde im vergangenen Jahr gegründet und soll NGOs unterstützen und die für sie bestimmten Geldmittel zuteilen. Kritiker bemängeln, dass NGOs, die dem Regierungslager nahe stehen, bevorzugt werden.
08.06.2018	Der stellvertretende Arbeitsminister, Stanisław Szwed, teilt den Vorschlag des Ressorts mit, im Jahr 2019 den Mindestlohn von aktuell 2.100 Zloty monatlich (ca. 490 Euro) auf 2.250 Zloty (ca. 524 Euro) anzuheben. Der Mindestlohn pro Stunde würde sich damit von gegenwärtig 13,70 Zloty (ca. 3,20 Euro) auf 14,70 (ca. 3,40 Euro) erhöhen.

09.06.2018	In Warschau demonstrieren mehrere tausend Menschen für die Rechte von Homosexuellen, Bisexuellen und Transgender (LGTB). Die »Gleichheitsparade« richtet sich auch gegen die Diskriminierung anderer Minderheiten im Land.
11.06.2018	Nach neuesten Angaben des Finanzministeriums stieg die öffentliche Verschuldung zum Ende des ersten Quartals 2018 um 2,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum und betrug 989,18 Mrd. Zloty (ca. 230,3 Mrd. Euro).
12.06.2018	Die Parteien Gemeinsam (Razem), die Grünen (Zieloni) und Initiative Polen (Inicjatywa Polska) sowie der Verband Freie Stadt Warschau (Wolne Miasto Warszawa) geben die Bildung eines Wahlbündnisses für die Selbstverwaltungswahlen im Herbst 2018 in Warschau bekannt. Die Koalition kandidiert für den Stadtrat und die Stadtteilräte sowie für das Amt des Stadtpräsidenten.
13.06.2018	Im Europäischen Parlament findet eine kontroverse Debatte über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen und über den Umgang der polnischen Regierung mit den von der Europäischen Kommission geforderten Änderungen statt. Frans Timmermans, stellvertretender Kommissionspräsident und verantwortlich für das gegen Polen eingeleitete Stimmrechtsentzugsverfahren nach Artikel 7, begrüßt, dass die polnische Regierung einige Korrekturen an der Justizreform vorgenommen hat. Dennoch würden die Haupteinwände der Europäischen Kommission bestehen bleiben, dass das Justizwesen in Polen nicht mehr unabhängig sei. Die Europäische Kommission stellt nicht das Recht Polens in Frage, sein Justizwesen zu reformieren, doch müsse dessen Unabhängigkeit gewahrt bleiben. Die Prozedur nach Artikel 7 werde fortgesetzt.
14.06.2018	Der Chef der Gewerkschaft Solidarność, Piotr Duda, kritisiert die Anhebung des Mindestlohns von aktuell 2.100 Zloty monatlich (ca. 489 Euro) auf 2.220 Zloty (ca. 517 Euro) ab dem kommenden Jahr als nicht annehmbar und spricht sich dafür aus, einen Kompromiss mit der Regierung zu finden. Die Gewerkschaft fordert einen Mindestlohn von 50 Prozent des Durchschnittseinkommens, das heißt 2.273 Zloty (ca. 529 Euro). In der vergangenen Woche hatte der Vizearbeitsminister Stanisław Szwed eine Erhöhung auf 2.250 Zloty (ca. 524 Euro) angekündigt, jedoch sprach sich das Finanzministerium dagegen aus.
15.06.2018	Ryszard Petru, Joanna Scheuring-Wielgus und Joanna Schmidt geben die Gründung des Abgeordnetenkreises Die Liberal-Sozialen (Liberalno-Społeczni) bekannt. Nach den Selbstverwaltungswahlen im Herbst soll die Gründung einer Partei erfolgen. Alle drei sind im Mai wegen interner Differenzen aus der Partei Die Moderne (Nowoczesna) ausgetreten; Petru hatte im Mai 2015 die Partei gegründet.
16.06.2018	Arkadiusz Mularczyk (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sagt auf einem Treffen mit Einwohnern in Niedźwiedź (Woiw. Kleinpolen/małopolskie), dass der Bericht über die Verluste Polens infolge des Zweiten Weltkrieges Ende des Jahres vorgelegt werden wird. Bereits die Thematisierung von Reparationsforderungen an Deutschland habe zur Folge, dass sich Deutschland in der Defensive befinde, da es kein Recht habe, andere über Demokratie und Menschenrechte zu belehren, solange es seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Polen verändere auf diese Weise moralisch das Kräfteverhältnis in Europa. Es sei eine Schwäche der polnischen Politiker gewesen, dieses Thema nicht aufgegriffen zu haben. Mularczyk ist der Vorsitzende der Parlamentsgruppe zur Schätzung der Entschädigungsforderungen gegenüber Deutschland wegen der erlittenen Verluste infolge des Zweiten Weltkrieges.
18.06.2018	Der Minister für Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raums, Krzysztof Jurgiel, reicht »aus persönlichen Gründen« seinen Rücktritt ein. Jurgiel stand in der Kritik der Opposition, die ihm vorwarf, die »Afrikanische Schweinepest« in Polen nicht ausreichend zu bekämpfen und sich nicht genug für die polnische Landwirtschaft bei der Aushandlung des künftigen mehrjährigen EU-Finanzrahmens (2021–27) zu engagieren. Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) hatte einen Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen Jurgiel für die Sejmsitzung Anfang Juli gestellt.
18.06.2018	Frans Timmermans, stellvertretender Präsident der Europäischen Kommission, trifft sich in Warschau mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki. Thematisiert wird erneut die Situation der Rechtsstaatlichkeit in Polen. Beide loben anschließend das konstruktive Gespräch und die Bereitschaft zu Kompromissen auf beiden Seiten. Die Europäische Kommission hatte im Zusammenhang mit der Justizreform in Polen ein Stimmrechtsentzugsverfahren nach Artikel 7 gegen Polen eingeleitet.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2018 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

[@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

